

**Dringlichkeitsanfrage**

**der Abgeordneten Nadine Hoffmann (AfD)**

**Auffassung und Abstimmung der Landesregierung zum  
Infrastruktur-Zukunftsgesetz**

Auf der Tagesordnung der 1061. Sitzung des Bundesrats am 30. Januar 2026 steht der Entwurf des Infrastruktur-Zukunftsgesetzes, das unter anderem Änderungen am Verbandsklagerecht und an Regelungen zu Umweltverträglichkeitsprüfungen vorsieht. Vor diesem Hintergrund ergeben sich Fragen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie wird die Landesregierung in der kommenden Sitzung des Bundesrats zum oben genannten Gesetzentwurf abstimmen beziehungsweise wie hat sie hierzu abgestimmt?
2. Welche Gründe liegen für dieses Abstimmungsverhalten der Landesregierung vor?
3. Welche Auffassung vertritt die Landesregierung zu dem Gesetzentwurf, insbesondere zu den vorgesehenen Änderungen im Bereich des Verbandsklagerechts und der Umweltverträglichkeitsprüfungen (bitte begründen)?

Nadine Hoffmann